



Sachbearbeitung Ältere, Behinderte und Integration
Datum 18.02.2010
Geschäftszeichen ABI-AL
Beschlussorgan Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales Sitzung am 10.03.2010 TOP
Behandlung öffentlich GD 090/10

Betreff: Gemeinsame Teilhabeplanung der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises
- Zweiter Sachstandsbericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen -

Anlagen: 1

Antrag:

Der Sachstandsbericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Walter Lang

Genehmigt:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des
BM 2,OB _____	Gemeinderats:
_____	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

**Finanzielle Auswirkungen:
Auswirkungen auf den Stellenplan:**

**Derzeit noch nicht konkretisierbar
Derzeit noch nicht konkretisierbar**

In der Sitzung des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales vom 04.02.2010 haben wir über die ersten Umsetzungsschritte zur Realisierung der Handlungsempfehlungen des gemeinsamen Teilhabeplans der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises berichtet.

Im Verlauf des Jahres 2009 konnte bei einer großen Anzahl der 64 Handlungsempfehlungen die Realisierung weitergeführt oder neu begonnen werden.

Schwerpunkt bildeten hierbei die Themenbereiche *Dialog mit den Leistungsanbietern* in sog. Trägergesprächen und in einem zentralen Trägerforum am 17.06.2009. Daneben nahmen die Vorbereitungen zur *Einführung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) in Ulm* sehr viel Zeit in der Erarbeitung der strukturellen Grundlagen und der Abstimmung mit den Leistungsanbietern in einer Arbeitsgruppe in Anspruch. Wir sind sehr froh und stolz, dass das angestrebte Ziel, den GPV in Ulm zum 01.01.2010 einzuführen, rechtzeitig erreicht werden konnte, und dieser nunmehr mit der konstituierenden Sitzung am 16.03.2010 seine Arbeit aufnehmen kann.

Einen großen Schritt weiter gekommen sind wir, immer in enger Abstimmung mit dem Alb-Donau-Kreis, bei den beiden großen Leistungsanbietern in Ulm, der LWV Eingliederungshilfe GmbH mit dem Behindertenheim Tannenhof im Wohn- und Pflegebereich und dem Verein Lebenshilfe, wo seit Jahren erhebliche Sanierungsmaßnahmen geplant sind. Durch eine gemeinsame Festlegung auf mit dem Teilhabeplan abgestimmte Bedarfszahlen konnte hier durch die örtlichen Sozialhilfeträger Stadt Ulm und Landkreis Alb-Donau-Kreis weitestgehend „grünes Licht“ in Form einer Bedarfsbestätigung für die Realisierung der geplanten Maßnahmen gegeben werden. So werden beispielsweise beim Tannenhof 3 Gruppenwohnhäuser mit künftig insgesamt 108 Plätzen und 62 Plätze im Pflegebereich modernen Anforderungen ans Wohnen und energetische Standards zur Verfügung stehen. Ähnliches gilt für den Werkstattbereich der Lebenshilfe, wo in Jungingen nunmehr der Weg frei ist für entsprechend vorgesehene Sanierungen.

Seit geraumer Zeit sind wir mit der Bruderhaus-Diakonie und der St. Gallus-Hilfe (Stiftung Liebenau) in Gesprächen über neue Angebote. Beide Träger waren bisher in Ulm nicht vertreten, so dass ihre Dienstleistungen zum Wettbewerb um neue und weiterentwickelte Angebote beitragen. Bei der Bruderhaus-Diakonie geht es um ambulante Wohnangebote für alle Gruppen von Behinderungen, bei der St. Gallus Hilfe um eine Betreuung in (Fremd-) Familien. Beides geschieht im Kontext des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ und soll sozialräumlich realisiert werden.

Der Reha-Verein, der sich im Jahre 2009 intensiv in die Vorbereitungen für den GPV eingebracht hat, bereitet ein Angebot fürs betreute Wohnen älterer psychisch kranker Menschen vor.

Wichtige Themen im Teilhabeplan sind des Weiteren die Bereiche *Arbeit* und *Frühe Hilfen / Förderung*. Diese werden im Jahr 2010 den Schwerpunkt in der Umsetzung der Handlungsempfehlungen bilden.

Bereits heute finden regelmäßig Netzwerk- und Berufswegekonferenzen an der Schnittstelle Schule – Beruf (-sausbildung) statt, um von den eigenen Potentialen ausgehend die bestmögliche Lösung im Anschluss an die (Sonder-) Schule zu finden. Ziel ist es, möglichst einen Platz auf dem Allgemeinen Arbeitsmarkt, wozu auch eine Integrationsfirma (wird vom Verein Lebenshilfe im Frühjahr 2010 eröffnet) gehört, zu finden. Wo sich dies nicht realisieren lässt, steht weiter ein Platz in einer beschützenden Werkstätte zur Verfügung, ohne dass das Platzangebot dafür in Ulm auf absehbare Zeit weiter ausgebaut werden müsste.

Um behinderungsbedingte Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten, ist frühe Förderung angesagt. Nachdem nun erste Gespräche über Bestand und Bedarf geführt wurden, geht es nunmehr darum, mögliche Maßnahmen festzulegen. In diesem Zusammenhang ist es sehr erfreulich, dass das sozialpädiatrische Zentrum Ulm (SPZ) die Wartezeit von 6 Monaten durch 2 weitere (befristete) Stellen halbieren konnte.

Wie zugesagt, legt die Verwaltung ein Mal jährlich im Fachbereichsausschuss die Liste der Handlungsempfehlungen vor. In der Anlage ist in der Spalte „Zeitplan / Status“ der aktuelle Stand aller Handlungsempfehlungen ersichtlich.

In der Sitzung wird hierüber mündlich berichtet.